



Geschäftsbericht 2015



Inhalt



Geschäftsbericht 2015

- 2** Bericht des Vorstandes | Bilanz
- 3** Grußwort des Vorstandes
- 4** Organe
- 5** Lagebericht
- 18** Bericht des Aufsichtsrates
- 19** Jahresabschluss 2015
- 32** Bestätigungsvermerk des Prüfungsverbandes
- 33** Dankeschön
- 34** Geschäftsgebiet
- 35** Impressum

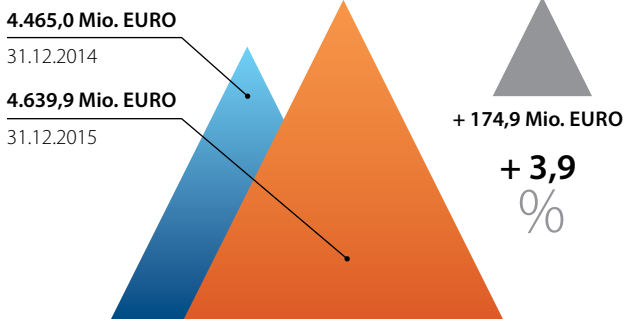
Bericht des Vorstandes

Gestärkt für die Zukunft

In einem schwieriger werdenden Marktumfeld haben wir 2015 unseren erfolgreichen Kurs fortgesetzt. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 174,9 Millionen Euro auf 4.639,9 Millionen Euro. Damit sind wir eine der größten Genossenschaftsbanken in Norddeutschland.

Die Zufriedenheit unserer Kunden ist weiterhin groß: Zahlreiche Kunden und Mitglieder kamen auf Empfehlung zu uns. Das zeigt uns, dass wir genau den Service und die Produkte bieten, die sich die Menschen wünschen.

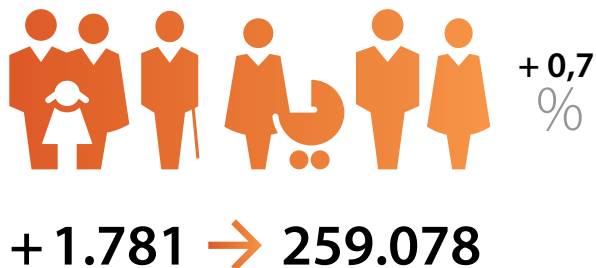
Bilanzsumme



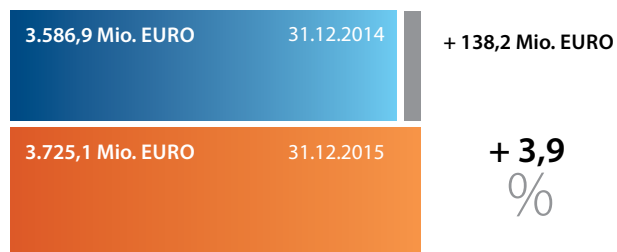
Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich um 1.781 auf 259.078. Sie freuen sich über eine Dividende von vier Prozent. Dass unser solides Geschäftsmodell Vertrauen schafft, zeigt auch die Entwicklung im Einlagen- und Kreditgeschäft. Die Kundeneinlagen erhöhten sich um 138,2 Millionen Euro auf 3.725,1 Millionen Euro. Die Kundenforderungen wuchsen um 10,6 Millionen Euro auf 3.402,4 Millionen Euro an. Das Baufinanzierungsneugeschäft mit 2.915 abgesetzten Baufinanzierungen und einem Gesamtvolumen von 329 Millionen Euro wurde zu 72 Prozent über persönliche Beratungen in unseren Geschäftsstellen erzielt.

Die zukünftigen aufsichtsrechtlichen Kennzahlen erfüllen wir schon heute. Die Gesamtkapitalquote liegt per 31.12.2015 bei 20,4 Prozent. Das Eigenkapital wird durch Zuführungen in verschiedenen Bereichen um 16,6 Millionen Euro weiter gestärkt.

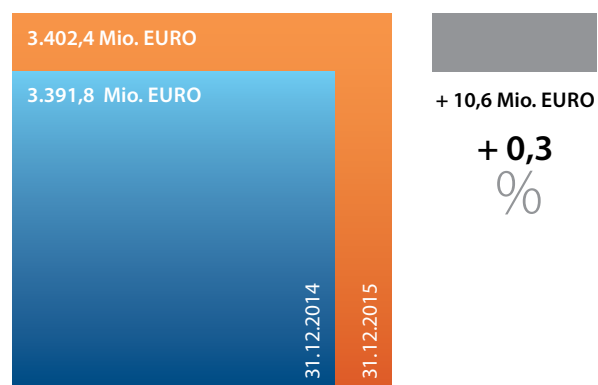
Mitgliederzahl



Kundeneinlagen

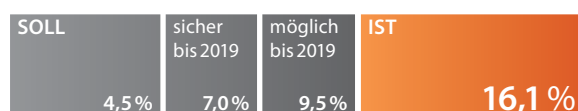


Kundenforderungen



Aufsichtsrechtliche Kennzahlen

Hartes Kernkapital



Gesamtkapital



Willkommen bei der WohlfühlBank!

 Solide. Solidarisch. Erfolgreich.



Der Vorstand 2015

von links nach rechts:

Jochen Ramakers

Andreas Dill

(Vorsitzender)

André-Christian Rump

(stellvertretender Vorsitzender)

Liebe Leserinnen und Leser, sehr geehrte Kunden und Mitglieder,

Solidarität und Kontinuität stehen gerade in herausfordernden Zeiten für eine sichere Bank. Unser Geschäftsmodell ist seit über 100 Jahren von diesen genossenschaftlichen Tugenden geprägt. Das hat auch 2015 unsere Kunden und Mitglieder überzeugt.

Dank eines soliden Geschäftsergebnisses konnten wir unser Eigenkapital weiter stärken. Wie wichtig das ist, zeigt sich bereits: Wir profitieren jetzt davon, dass wir uns seit Jahren auf schlechtere Zeiten vorbereiten. Durch vorausschauendes Handeln haben wir uns eine gute Ausgangslage geschaffen. Das Zinstief wird sich jedoch zunehmend bemerkbar machen und die Ergebnisse geringer ausfallen lassen.

Dies und die verschärften Regulierungen werden uns herausfordern. Dafür sehen wir uns gut gerüstet. Unser Handeln bleibt weiter von Stabilität und Verlässlichkeit geprägt. Dabei bleiben wir nah an unseren Kunden. Neben der Filiale sind wir auch digital auf allen Kanälen erreichbar. Für uns gibt es viele Wege zu den Menschen. Und für die Menschen in unserem Geschäftsgebiet viele Wege zur WohlfühlBank!

Herzliche Grüße

Ihr

Vorstand der Sparda-Bank Hannover eG

Organe



Vorstand

Andreas Dill, Vorsitzender
 André-Christian Rump, stellvertretender Vorsitzender
 Jochen Ramakers

Aufsichtsrat bis 19.06.2015

Peter Strüber, Vorsitzender
 Rita Scharff, stellvertretende Vorsitzende
 Susanne Bodle
 Dr. Thorsten Eichenauer
 Karl Eickmeier
 Sven Hitz
 Jürgen Köhn
 Dominic Sauer

ab 19.06.2015

Peter Strüber, Vorsitzender
 Rita Scharff, stellvertretende Vorsitzende
 Susanne Bodle
 Dr. Thorsten Eichenauer
 Karl Eickmeier
 Thomas Hermann
 Sven Hitz
 Jürgen Köhn
 Dominic Sauer

Risiko- u. Prüfungsausschuss bis 19.06.2015

Susanne Bodle
 Dr. Thorsten Eichenauer
 Karl Eickmeier
 Sven Hitz
 Jürgen Köhn
 Dominic Sauer
 Rita Scharff

ab 19.06.2015

Susanne Bodle
 Dr. Thorsten Eichenauer
 Karl Eickmeier
 Thomas Hermann
 Sven Hitz
 Jürgen Köhn
 Dominic Sauer
 Rita Scharff

Kreditausschuss bis 19.06.2015

Karl Eickmeier
 Sven Hitz
 Rita Scharff
 Peter Strüber

ab 19.06.2015

Karl Eickmeier
 Sven Hitz
 Rita Scharff
 Peter Strüber

Stellvertreter für Kreditausschuss bis 19.06.2015

Susanne Bodle
 Dr. Thorsten Eichenauer
 Jürgen Köhn
 Dominic Sauer

ab 19.06.2015

Susanne Bodle
 Dr. Thorsten Eichenauer
 Thomas Hermann
 Jürgen Köhn
 Dominic Sauer

Nominierungsausschuss bis/ab 19.06.2015

Dr. Thorsten Eichenauer
 Rita Scharff
 Peter Strüber

Vergütungskontrollausschuss bis/ab 19.06.2015 aufgelöst am 22.09.2015

Dr. Thorsten Eichenauer
 Rita Scharff
 Peter Strüber

Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung besteht aus 194 Mitgliedervertretern

Verbandszugehörigkeit

Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt/Main
 Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Berlin

A. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

der Sparda-Bank Hannover eG

I. Grundlagen der Bank

Die Sparda-Bank Hannover eG ist eine Bank für Privatkunden wie Angestellte, Beamte, Rentner und sonstige Privatpersonen. Diesen Kundengruppen bieten wir bedarfsgerechte und moderne Bankprodukte sowie eine gute Service- und Beratungsqualität an. Unseren Mitglieder- und Kundenbestand haben wir auch im Berichtsjahr weiter ausbauen können. Unsere Kunden stammen nahezu ausschließlich aus dem Einzugsbereich der Bank. Das Geschäftsgebiet der Bank erstreckt sich auf Teile von Niedersachsen und Ostwestfalen-Lippe sowie das Bundesland Bremen.

Unsere Genossenschaft ist der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht. Ebenso hat sich die Sparda-Bank Hannover eG in 2015 dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) angeschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Im Jahr 2015 setzte sich der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland fort. Trotz der Wachstumsschwäche in den Schwellenländern und der erneuten Zuspitzung der griechischen Schuldenkrise in den Sommermonaten blieb die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hierzulande robust aufwärtsgerichtet. Den ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts zufolge ist das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 1,7 Prozent über das Vorjahresniveau gestiegen.

Die privaten Konsumausgaben sind im bisherigen Verlauf des Konjunkturaufschwungs dynamischer gestiegen als in früheren Zyklen. Sie expandierten in 2015 um 1,9 Prozent, und damit so kräftig wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Maßgeblich hierfür waren neben der bereits seit einiger Zeit nach oben gerichteten Beschäftigungs- und Tariflohnentwicklung auch Sonderfaktoren wie die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro je Arbeitsstunde und die Kaufkraftgewinne durch den niedrigen Ölpreis. Darüber hinaus gingen von der starken Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland Nachfrageimpulse aus.

Die Bauinvestitionen (+0,2 Prozent) wurden nur moderat ausgeweitet, bei unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Bausparten. Während die Wohnungsbauinvestitionen (+1,5 Prozent) angeregt durch die niedrigen Hypothekenzinsen und den Mangel an Anlagealternativen weiterhin zulegten, waren die Aktivitäten im Nichtwohnungsbau (-1,9 Prozent) rückläufig.

Der deutsche Arbeitsmarkt präsentierte sich 2015 abermals in einer guten Grundverfassung. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland ist im Jahresdurchschnitt 2015 um 329.000 auf 43,0 Millionen gestiegen, nachdem sie 2014 um 375.000 zugelegt hatte. Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen ist gegenüber dem Vorjahr um 104.000 auf knapp 2,8 Millionen Menschen gesunken, was einer Arbeitslosenquote von 6,4 Prozent entspricht. Die Zuwanderung durch Flüchtlinge hat die Arbeitslosenzahl noch nicht beeinflusst.

Die Inflationsrate ist in Deutschland von 0,9 Prozent in 2014 auf niedrige 0,3 Prozent in 2015 gesunken. Ausschlaggebend hierfür war insbesondere der Preisverfall bei Rohöl. Die Energiepreise haben sich im Jahresdurchschnitt um deutliche 7,0 Prozent verbilligt und für sich genommen die Inflationsrate um 0,7 Prozentpunkte vermindert. Für Nahrungsmittel (+0,8 Prozent) und Dienstleistungen (+1,2 Prozent) mussten die Verbraucher allerdings etwas mehr Geld aufwenden als im Vorjahr.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die ohnehin schon expansiven geldpolitischen Rahmenbedingungen für den Euroraum im vergangenen Jahr noch einmal gelockert. Gleich auf seiner ersten geldpolitischen Sitzung im Januar 2015 beschloss der EZB-Rat ein Programm zum Ankauf von Vermögenswerten. Im Zuge dieser quantitativen Lockerung begann die EZB ab März 2015 unter Einrechnung der bereits beschlossenen Aufkaufprogramme jeden Monat Wertpapiere im Wert von 60 Mrd. Euro am Sekundärmarkt zu kaufen. Ziel des Programms ist die Erhöhung der Inflation hin zum mittelfristigen Ziel der EZB von unter, aber nahe 2 Prozent. Als Reaktion auf anhaltend niedrige Inflationsraten im Währungsraum verlängerte der EZB-Rat am 3. Dezember auf seiner letzten Sitzung des Jahres den Zeitraum des aktuellen Wertpapieraufkaufprogramms von September 2016 bis März 2017. Damit stieg der Gesamtumfang des Programms von zunächst 1,14 auf 1,50 Bill. Euro.

Den Hauptrefinanzierungssatz und den Spitzenrefinanzierungssatz beließ die EZB im vergangenen Jahr unverändert bei 0,05 bzw. 0,3 Prozent. Den Einlagezins, d. h. der Zins für Übernachteinlagen der Geschäftsbanken bei der EZB, senkte der EZB-Rat hingegen auf seiner geldpolitischen Sitzung vom 3. Dezember um 10 Basispunkte auf -0,3 Prozent.

Die Gruppe der Kreditgenossenschaften, zu der auch die Sparda-Banken gehören, ist eine der größten Bankengruppen Deutschlands. Von ihren über 30 Millionen Kunden sind 18 Millionen zugleich Mitglieder, also Teilhaber ihrer Bank. Dies unterscheidet Genossenschaftsbanken von allen anderen Kreditinstituten. Die Struktur der Kreditgenossenschaften wird dazu beitragen, dass auch die Herausforderungen des Niedrigzinsumfeldes und der anhaltenden Regulierung gut bewältigt werden.

II.2 Geschäftsverlauf der Sparda-Bank Hannover eG

Die Geschäftsentwicklung verlief im Geschäftsjahr 2015 gut und entsprach im Wesentlichen den in der Vorperiode berichteten Prognosen.

Im Einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Bilanzsumme	4.639.880	4.465.047	+	174.833	3,9
Außerbilanzielle Geschäfte	1.498.734	1.380.701	+	118.033	8,5

Die Bilanzsumme der Bank hat im Berichtszeitraum ein über dem Vorjahr liegendes Wachstum zu verzeichnen, das auf einen unverminderten Zufluss von Kundengeldern zurückzuführen ist.

Die außerbilanziellen Geschäfte setzen sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 1.214 TEUR, aus anderen Verpflichtungen in Höhe von 157.520 TEUR und derivativen Geschäften in Höhe von nominell 1.340.000 TEUR zusammen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Kundenforderungen	3.402.438	3.391.795	+	10.643	0,3
Wertpapiere	571.896	621.024	-	49.128	7,9
Forderungen an Kreditinstitute	549.909	333.089	+	216.820	65,1

Die Kundenforderungen entwickelten sich leicht positiv, wobei die Steigerungsraten der Vorjahre nicht erneut realisiert wurden. Der Nachfrage an Baufinanzierungen standen Rückgänge bei Inanspruchnahmen auf laufenden Konten und von Anschaffungskrediten gegenüber.

Die aus dem Passivgeschäft und dem Rückgang an Wertpapieranlagen generierten Liquiditätszuflüsse erhöhten insbesondere die Forderungen an Kreditinstitute.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	505.220	514.830	-	9.610	1,9
Spareinlagen von Kunden	1.312.216	1.367.926	-	55.710	4,1
andere Einlagen von Kunden	2.412.849	2.218.965	+	193.884	8,7

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich aufgrund der Fälligkeit einer Refinanzierung verringert.

Die Einflüsse der Niedrigzinspolitik sind im Anlageverhalten unserer Kunden deutlich spürbar. Vorhandene Liquidität verblieb vor allem in schnell verfügbaren Anlageformen wie SpardaGiro oder SpardaCash. Auch die Entwicklung der Produkte SpardaSpar und SpardaAnsparplan war positiv, konnte jedoch den Rückgang der Spareinlagen insgesamt nicht kompensieren.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	3.631	3.694	-	63	1,7
andere Vermittlungserträge	2.764	3.149	-	385	12,2
Erträge aus Zahlungsverkehr	6.231	6.598	-	367	5,6

Die Erträge aus Dienstleistungsgeschäften entwickelten sich rückläufig.

Dies ist zum Teil auf das Niedrigzinsniveau zurückzuführen, welches sich negativ auf das Abschlussverhalten unserer Kunden im kapitalbildenden Lebensversicherungsgeschäft und bei den Bausparverträgen auswirkt.

Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr wurden durch neue Vorgaben bei der Konditionierung von Kartenzahlungen beeinflusst.

Unsere Genossenschaft hat im Geschäftsjahr 2015 das Depotgeschäft für unsere Kunden neu ausgerichtet. Dabei hat GENO Broker, eine Tochter der DZ Bank, das Kunden-Depotgeschäft übernommen. Im Fondsgeschäft steht den Kunden nach wie vor der Partner Union Investment zur Seite.

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen sind im Vergleich zum Vorjahr gesunken und belaufen sich auf 628 TEUR. Dabei standen Ersatzinvestitionen im Fokus.

Personal- und Sozialbereich

Die Sparda-Bank Hannover eG beschäftigte im Jahr 2015 durchschnittlich 458 Angestellte.

Es befanden sich zu Beginn des Jahres 17 Auszubildende in der Berufsausbildung. Zum 01.08.2015 wurden weitere sieben Auszubildende in ein Berufsausbildungsverhältnis aufgenommen. Insgesamt schlossen sieben Auszubildende erfolgreich ihre Ausbildung ab, von denen fünf in ein unbefristetes Angestelltenverhältnis übernommen wurden.

Im Jahr 2016 stellt die Sparda-Bank Hannover eG drei neue Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Frei gewordene und neu entstandene Stellen inklusive Führungspositionen konnten überwiegend mit eigenem Personal besetzt werden. So haben wieder Mitarbeiter die Chance erhalten, ganz neue Aufgabenbereiche zu übernehmen.

Unsere Führungskräfte, Mitarbeiter und Auszubildenden wurden an 1.528 Seminartagen geschult. Hierfür hat die Bank durchschnittlich rund 823 Euro pro Mitarbeiter investiert. Die Schwerpunkte der Qualifizierungsmaßnahmen bildeten die Umsetzung rechtlicher und aufsichtsrechtlicher Vorgaben, Fachinhalte wie Wertpapier- und Baufinanzierungsgeschäft, die Führungskräfteentwicklung sowie die Entwicklung von Fachkarrieren.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr war durch keine außergewöhnlichen Vorgänge gekennzeichnet.

II.3 Darstellung der Lage der Sparda-Bank Hannover eG

II.3.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	85.510	88.895	-	3.385	3,8
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	89	55	+	34	61,8
Provisionsüberschuss ²⁾	7.658	7.580	+	78	1,0
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	33.442	30.628	+	2.814	9,2
b) andere Verwaltungsaufwendungen	26.867	26.196	+	671	2,6
Bewertungsergebnis ³⁾	-854	-3.752	+	2.898	77,2
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	30.722	34.127	-	3.405	10,0
Steueraufwand	11.917	14.461	-	2.544	17,6
Jahresüberschuss	6.605	6.767	-	162	2,4

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2

2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

3) GuV-Posten 13–16

Infolge des anhaltenden Zinsrückgangs wurde der Zinsüberschuss des Vorjahres nicht mehr erreicht. Rückläufige Zinserträge, die unter anderem im Auslauf von höherverzinslichen Baufinanzierungen begründet sind, können vom Rückgang der Zinsaufwendungen nicht mehr kompensiert werden.

Der Provisionsüberschuss liegt über dem Vorjahresniveau. Dabei wurden sinkende Provisionserträge aus dem Vermittlungsgeschäft und dem Zahlungsverkehr von sinkenden Provisionsaufwendungen für Kreditvermittlungen kompensiert.

Im Personalaufwand machten sich insbesondere Tarifierpassungen und höhere Zuführungen zu den Rückstellungen für Altersversorgung bemerkbar. Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen unter dem Einfluss von Aufwendungen für die Datenverarbeitung weiter an.

Das Bewertungsergebnis verbesserte sich erneut.

In 2015 konnte insgesamt ein gutes Ergebnis erzielt werden, auch wenn im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist. Der Jahresüberschuss erlaubt bei einer Dividende von 4 Prozent eine angemessene Dotierung der offenen Rücklagen.

II.3.2 Finanz- und Liquiditätslage

Aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge war die Zahlungsfähigkeit unserer Kreditgenossenschaft im Geschäftsjahr 2015 jederzeit gegeben.

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr jederzeit aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der Liquiditätsverordnung sowie der CRR) zu erfüllen, und bieten ausreichend Freiraum für die Ausweitung des Bankgeschäfts im Rahmen der strategischen Planung.

II.3.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	64.339	63.097	+	1.242	2,0
Rücklagen	139.385	136.308	+	3.077	2,3

Die Bank verfügt über eine angemessene Eigenkapitalausstattung. Sie entspricht den Anforderungen und erlaubt darüber hinaus ein stetiges Geschäftswachstum in den nächsten Jahren. Durch Gewinnthesaurierung und moderaten Ausbau der Geschäftsguthaben unserer Mitglieder konnte das Eigenkapital weiter gestärkt werden. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 131.000 TEUR (Vorjahr 118.800 TEUR). Zur Sicherung gegen besondere Risiken des Geschäftszweigs bestehen ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG [Quotient aus Nettogewinn (Anmerkung: Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme] beläuft sich auf 0,14 Prozent.

Wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen (Aktiva 4) an der Bilanzsumme beträgt 73,3 Prozent. Im Kundenkreditgeschäft findet aufgrund unserer Kundenstruktur eine Risikostreuung auf viele Einzelkreditnehmer statt. Finanzierungen mit einem Volumen von mehr als 400 TEUR sind die Ausnahme. Ihr prozentualer Anteil am gesamten Kundenkreditvolumen beträgt per 31. Dezember 2015 1,1 Prozent. Akute Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen abgesichert. Latente Risiken sind durch Vorsorgereserven abgedeckt.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Anlagevermögen	4.100	456	+	3.644	799,1
Liquiditätsreserve	567.796	620.568	-	52.772	8,5

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 12,3 Prozent an der Bilanzsumme. Sämtliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Darüber hinaus ergaben sich Kursreserven zum Bilanzstichtag.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) wurden Zinsderivate in einem Umfang von 1.340.000 TEUR eingesetzt. Diese Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuchs einbezogen.

II.4 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Die Geschäftsentwicklung der Sparda-Bank Hannover eG verlief gut. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist als angemessen zu bezeichnen.

III. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres (Nachtragsbericht)

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

IV. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

IV.1 Risikomanagementsystem

IV.1.1 Ziele und Strategien

Das Risikomanagement ist für uns eine zentrale Aufgabe und an dem Grundsatz ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise auch über den Bilanzstichtag hinaus darzustellen.

Insofern umfassen unsere Risikosteuerungs- und -controllingprozesse das komplette Risikomanagement im betriebswirtschaftlichen Sinne einschließlich der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation aller wesentlichen Risiken.

Die Einbindung des Risikomanagements in das Gesamtbanksteuerungssystem dient zugleich der Erkennung und Nutzung von Chancenpotenzialen.

Die Ausgestaltung des Risikomanagements ist bestimmt durch unsere festgelegte nachhaltige Geschäfts- und Risikostrategie, die aufzeigt, mit welchen strategischen Zielen und Maßnahmen wir die langfristige Existenz unserer Bank dauerhaft sichern wollen.

IV.1.2 Verfahren zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken

Alle eingegangenen Geschäfte sind mit Risiken versehen. Die Identifizierung, Limitierung, Messung, Steuerung und Kommunikation dieser Risiken erfolgt im Rahmen des Gesamtbanksteuerungsprozesses, der alle Aktivitäten auf Basis der Geschäfts- und Risikostrategie vereint und gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) für Kreditinstitute ausgerichtet ist.

Identifikation

Grundlage für ein erfolgreiches Risikomanagement ist die systematische Erfassung und Analyse aller für die Bank wesentlichen Risiken.

Im Rahmen der jährlichen oder anlassbezogenen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir die Risiken, die unsere Vermögens- (inklusive Kapitalausstattung), Ertrags- oder Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können, sowie die mit ihnen verbundenen Risikokonzentrationen auf Gesamtinstitutsebene.

Bewertung

Im Rahmen der Risikoinventur erfolgt die qualitative Einstufung der Risikoarten in die aufsichtsrechtlichen Kategorien „wesentliches Risiko“ bzw. „unwesentliches Risiko“.

Als wesentliche Risiken wurden folgende Risikokategorien identifiziert:

- Adressenrisiken
- Marktpreisrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Operationelle Risiken
- Vertriebs- und Betriebsrisiken

Steuerung und Überwachung

Die Risikotragfähigkeit stellt die betriebswirtschaftliche Grundlage der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse dar. In der GuV-orientierten Betrachtung sind Risiken nur in der Höhe einzugehen, dass der Fortbestand der Bank auch bei Realisierung dieser Risiken aufsichtsrechtlich nicht gefährdet wird (Going-Concern-Ansatz, d.h. Fortführung des Unternehmens). Die zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmassen werden im Rahmen der aktuellen Ergebnisvorschau regelmäßig überprüft. Daraus werden die Risikolimits nur in der Höhe abgeleitet, dass sie mit dem Going-Concern-Ansatz vereinbar sind.

In der strategischen Steuerung besteht das Ziel der risiko- und ertragsoptimalen Aufteilung und Anlage des Vermögens der Bank im Rahmen der strategischen Asset Allokation. Für die barwertige Betrachtung gelten handels- und aufsichtsrechtliche Nebenbedingungen. Die Steuerung der einzelnen Risiko- und Vermögensklassen ist passiv ausgerichtet, d. h., sie orientiert sich an der gewählten Benchmark. Zur Einhaltung der passiven Ausrichtung wurde ein Abweichungslimit definiert.

Die Risiken der einzelnen Risikoklassen werden unter Berücksichtigung der Korrelationen dieser Risikoklassen untereinander gemessen und als barwertiges Risiko ausgewiesen. Die Sparda-Bank Hannover eG ermittelt das barwertige Risiko mit dem Normal-Copula-Verfahren bei einer Haltedauer von 250 Handelstagen und einem Konfidenzniveau von 99 Prozent. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit werden die sich aus den Korrelationsannahmen ergebenden risikominierenden Effekte allerdings ignoriert, um die Risikolage des Hauses hinreichend konservativ zu ermitteln.

Die Risikolage wird dem Vorstand im monatlichen Risikobericht aufgezeigt. Der Aufsichtsrat erhält den Risikobericht quartalsweise sowie wesentliche Kennzahlen zur Gesamtbanksteuerung im monatlichen Rhythmus. Zusätzlich werden bei Überschreiten definierter Beobachtungsmarken Ad-hoc-Berichte erstellt, die bei Bedarf Steuerungsmaßnahmen nach sich ziehen.

Auf Basis der aktuellen Ergebnisvorschau und des Risikoberichts werden Steuerungsmaßnahmen abgeleitet. Die Gesamtbanksteuerung wird bestimmt durch die Verbindung von internen Steuerungsgrößen, die ökonomisch ausgerichtet sind, und externen Größen, die zum Beispiel durch handelsrechtliche oder aufsichtsrechtliche Vorgaben geprägt sind. Die integrierte Betrachtung beider Sichten erlaubt eine gezielte Steuerung.

Die angewandten Methoden zur Messung und Steuerung der Risikoarten werden regelmäßig überprüft, kontinuierlich weiterentwickelt und regelmäßig den aufsichtsrechtlichen sowie bankinternen Anforderungen und den aktuellen Marktgegebenheiten angepasst.

Im Rahmen der Organisation erfolgt eine konsequente Trennung zwischen Handels- und Nichthandels- bzw. Markt- und Marktfolgebereichen sowohl innerhalb der Aufbau- als auch der Ablauforganisation, sodass die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems gewährleistet ist. Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagementaktivitäten wird gemäß den MaRisk durch die Interne Revision geprüft.

IV.1.3 Stresstests

Im Rahmen der regelmäßigen und anlassbezogenen Risikoquantifizierung werden auch umfangreiche Stresstests durchgeführt, in denen die Auswirkungen ungewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse auf den Geschäftsbetrieb der Bank simuliert werden.

IV.2 Risikokategorien

IV.2.1 Adressenausfallrisiken

Unter Adressenrisiken werden die möglichen Verluste verstanden, die sich durch den teilweisen oder vollständigen Ausfall oder eine Bonitätsverschlechterung eines Kreditnehmers oder Vertragspartners ergeben können. Wir unterscheiden zwischen klassischem Adressenausfallrisiko des Kundenkreditgeschäfts sowie dem Kontrahenten- und Emittentenrisiko des Eigengeschäfts.

Die Adressenausfallrisiken werden zusätzlich zu den internen Limiten aufsichtsrechtlich durch Vorschriften des Kreditwesengesetzes und der CRR [Verordnung (EU) Nr. 575/2013] begrenzt. Diese Vorgaben werden von uns stets eingehalten.

Kreditrisiken

Alle Kreditnehmer werden nach bankinternen Beurteilungskriterien in Risikogruppen eingestuft. Dazu nutzen wir externe und interne Ratings. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumen und Blankoanteilen ausgewertet und in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Die Einstufungen werden regelmäßig überprüft und in einem vierteljährlichen Risikobericht dargestellt. Dieser Quartalsbericht gibt unter anderem Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Größenklassen, Rating und Sicherheiten. Zur Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäfts bestehen Limite unter anderem in Bezug auf das risikorelevante Geschäft, Größenklassen, Ratingeinstufungen im Kundenkreditbestand und bei Neuvaluierungen, Anzahl von Kunden mit Offenlegungspflicht nach § 18 KWG, Neuvaluierungen aus dem Geschäft mit Kreditvermittlern sowie auf den Anteil der Blankokredite am Kundenkreditvolumen.

Die Ermittlung der periodischen Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft basiert auf historisch beobachteten Kreditausfällen unter Berücksichtigung des erwarteten Bewertungsergebnisses und der erwarteten Entwicklung des Kundenkreditvolumens. Das barwertige Adressenausfallrisiko ergibt sich aus der Verlustverteilung des Kundenkreditbestands gemäß der oben genannten Einstufung nach Risikogruppen.

Kontrahenten- und Emittentenrisiken

Bevor mit einer Adresse im Eigengeschäft Handelsgeschäfte durchgeführt werden, ist ein Votierungsprozess zu durchlaufen, der mindestens einmal jährlich wiederholt wird. Zur Begrenzung der Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft werden Direktanlagen grundsätzlich nur bei europäischen Emittenten in Euro getätigt.

In der Direktanlage sind zur Risikodiversifizierung die einzelnen Engagements jeder Kreditnehmereinheit in Abhängigkeit von der Bonität und Besicherung in der Höhe limitiert. Dabei müssen diese Anlagen bzw. Emittenten beim Erwerb von international anerkannten Ratingagenturen beurteilt und mindestens mit einem Investment Grade Rating eingestuft worden sein. Die externen Ratings werden durch interne Risikoüberwachungsmechanismen begleitet.

Zur Gewährleistung eines unter Bonitäts Gesichtspunkten soliden Eigengeschäfts gelten neben den emittentenbezogenen Limiten auch Strukturlimite im Gesamtbestand für Anlagen außerhalb Deutschlands sowie hinsichtlich des Ratings. Im Eigengeschäft werden Ausfall- und Spreadrisiken in periodischer und barwertiger Sichtweise ermittelt.

Zur Umsetzung der strategischen Asset Allokation im Spezialfonds werden Fonds erworben. Diese werden mindestens einmal jährlich hinsichtlich ihres Risikogehalts und ihrer Wirksamkeit bezüglich der strategischen Asset Allokation analysiert.

Im Rahmen der strategischen Asset Allokation finden indirekt auch Anlagen außerhalb Europas statt, die in der Höhe limitiert sind. Die eingesetzten Risikomodelle sind hinreichend konservativ gewählt, um die sich daraus ergebenden Risiken in der Risikotragfähigkeit abzubilden.

Länderrisiken

Länderrisiken ergeben sich im Wesentlichen nur aus dem Eigengeschäft und werden bei uns durch Strukturlimite auf Basis des Gesamtbestands gesteuert.

IV.2.2 Marktpreisrisiken

Angesichts unserer Geschäftsstruktur beziehen sich unsere Marktpreisrisiken auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen sowie auf Kursveränderungen im Direktbestand sowie in Spezialfonds. Das Zinsänderungsrisiko stellt die bedeutendste Risikoart innerhalb des Marktpreisrisikos dar.

Zinsänderungsrisiko

Die Fristentransformation ergibt sich im Wesentlichen aus der tendenziell längerfristigen Bindung auf der Aktivseite verglichen mit der in weiten Teilen kurzfristigeren Mittelaufnahme auf der Passivseite, sodass sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen auf den Unternehmenserfolg der Bank niederschlagen. Die Zinsänderungsrisiken messen und steuern wir periodisch und barwertig mit einem System, das die Risiken rechtzeitig erfasst und quantifiziert sowie diese auf die internen Limite anrechnet. Die risikobegrenzenden Limite sind so festgesetzt, dass Gegenmaßnahmen ergriffen werden können, bevor die Risikotragfähigkeit deutlich tangiert wird.

In der periodischen Betrachtung werden mithilfe von Szenarioanalysen die Auswirkungen von Zinsänderungsrisiken auf das Zinsergebnis der Bank untersucht. Zur Quantifizierung der Bewertungsrisiken wird der gesamte Wertpapier- und Fondsbestand des Eigengeschäfts unter Zugrundelegung stichtagsbezogener Zinssätze und Kurse bewertet. Darüber hinaus werden regelmäßig die Risiken aus möglichen Zins- und Kursänderungen analysiert.

Sonstige Marktpreisrisiken

Wir haben sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen definierter Limite getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotenzial der Geschäfte haben wir durch ein an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiertes System begrenzt.

Ein Handelsbuch im Sinne der CRR unterhalten wir nicht. Die von uns genutzten Finanzinstrumente dienen der Anlage oder Absicherung im Rahmen unserer Liquiditätsreserve und werden dem Anlagebuch zugeordnet.

IV.2.3 Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken entstehen, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können (Liquiditätsrisiken im engeren Sinne) oder wenn die Liquidität nur zu veränderten Marktpreisen beschafft werden kann (Refinanzierungsrisiko).

Die Liquiditätsverordnung begrenzt das Liquiditätsrisiko und gibt mit einer Kennzahl von 1,0 vor, dass die kurzfristig zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die ebenfalls kurzfristig fälligen Verpflichtungen in vollem Umfang abdecken müssen. In der Sparda-Bank Hannover eG wurde im Rahmen der Gesamtbanksteuerung ein Mindestwert von 1,5 für die Kennziffer gemäß Liquiditätsverordnung angesetzt. D. h., die Disposition ist so auszurichten, dass den kurzfristigen Fälligkeiten 150 Prozent Zahlungsmittel gegenüberstehen.

Zusätzlich ist die LCR (Liquidity Coverage Ratio – Mindestliquiditätsquote) einzuhalten. Die LCR fungiert als Kennzahl zum kurzfristigen Liquiditätsrisiko jedes Kreditinstituts und stellt das Verhältnis zwischen liquiden Aktiva und möglichen Zahlungsabflüssen der nächsten 30 Tage ins Verhältnis. In 2015 war eine LCR von mindestens 60 Prozent einzuhalten. Der Mindestwert steigt bis 2018 stufenweise auf 100 Prozent.

Die Finanzplanung der Bank ist streng darauf ausgerichtet, allen gegenwärtigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Im genossenschaftlichen Finanzverbund stehen ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung, um unerwartete Zahlungsstromschwankungen aufzufangen. Ergänzend werden bei der EZB qualitativ hochwertige und im Volumen angemessene Wertpapierbestände im Pfanddepot vorgehalten. Darüber hinaus ist ein Mindestzeitraum einzuhalten, um verstärkte Zahlungsmittelabflüsse ohne finanzielle Hilfe Dritter durch Vorhalten ausreichender liquider Mittel zu überstehen (Survival Period).

In der Liquiditätsübersicht werden die erwarteten Zahlungsmittelzu- und -abflüsse gegenübergestellt. Die schon entstandenen und die sich aus den möglichen Refinanzierungsnotwendigkeiten ergebenden zukünftigen Refinanzierungskosten werden über ein geeignetes Kostenverrechnungssystem im Rahmen der Gesamtbanksteuerung berücksichtigt.

Aus der Liquiditätsübersicht werden zusätzlich Risikoszenarios abgeleitet. Diese Risikoszenarios berücksichtigen verstärkte Zahlungsmittelabflüsse durch Abschmelzung der Einlagen oder verstärkten Abruf eingeräumter Kreditlinien. Die Kosten der Ersatzbeschaffung dieser Zahlungsmittel zu erhöhten Konditionen werden quantifiziert und stellen das Refinanzierungsrisiko dar.

IV.2.4 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind Gefahren von Verlusten, die in betrieblichen Systemen und Prozessen (inkl. IT-Systemen und ausgelagerten Aktivitäten) begründet liegen oder infolge externer Ereignisse eintreten.

Es wurden Steuerungsinstrumente für das Management operationeller Risiken entwickelt, die eine regelmäßige Analyse und Identifizierung von Schwachstellen und Optimierungsmöglichkeiten von Prozessen liefern.

Die Ablaufprozesse der Sparda-Bank Hannover eG und die Funktionsfähigkeit der technischen Systeme werden laufend den internen und externen Erfordernissen angepasst. Die wesentlichen betrieblichen Abläufe sind in Arbeitsanweisungen geregelt und werden durch die Interne Revision überwacht. Versicherbare Gefahrenpotenziale haben wir durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Die Umsetzung der Anforderungen aus § 25h Abs. 2 KWG erfolgte bis zum 30.06.2015 durch Mitarbeiter der Sparda-Bank Hannover eG. Seit dem 01.07.2015 erfolgt die Umsetzung der Anforderungen durch die Hanseatische Gesellschaft für Beauftragtenwesen (HGB), mit der ein Geschäftsbesorgungsvertrag geschlossen wurde, in dem die Funktion der Zentralen Stelle gemäß § 25h Abs. 9 KWG geregelt ist (Beauftragter zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstiger strafbarer Handlungen).

Die Ermittlung und Abbildung operationeller Risiken in der Risikotragfähigkeit erfolgt anhand historisch beobachteter Schadensfälle sowie interner Risikoeinschätzungen für Risiken der IT-Systeme und IT-Sicherheit sowie der wesentlichen Auslagerungen.

Die Berichterstattung über die operationellen Risiken an den Gesamtvorstand erfolgt vierteljährlich.

IV.2.5 Vertriebs- und Betriebsrisiken

Als Vertriebs- und Betriebsrisiken werden Abweichungen im Kundengeschäft definiert, die aus einer Unterschreitung der geplanten Erträge durch Volumen- und Margenabweichungen sowie im Provisionsergebnis oder einer Überschreitung der geplanten Betriebsaufwendungen entstehen oder durch eine Kombination beider Effekte eintreten können.

Die Berechnung des GuV-wirksamen Vertriebs- und Betriebsrisikos erfolgt über die Schwankungen der Konditionsbeiträge im Zinsgeschäft, die Abweichungen des Provisionsergebnisses und die Entwicklung der Betriebsaufwendungen.

Die Überprüfung dieser Entwicklung erfolgt im Rahmen der Ergebnisvorschaurechnung und der Zielerreichung im Vertrieb.

IV.3 Gesamtbild der Risikolage

Nach zusammenfassender Betrachtung der allgemeinen und besonderen Risiken kann festgestellt werden, dass zurzeit keine existenzgefährdenden Risiken bestehen. Darüber hinaus ist die Bank in der Lage, aufgrund ihres vorhandenen Risikodeckungspotenzials beim Auftreten von Risikofaktoren einen entsprechenden Ausgleich zu bewirken.

V. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Sparda-Bank Hannover eG erwartet in den nächsten Jahren einen unverändert anhaltenden harten Wettbewerb im Kundengeschäft. Zur Schärfung des bestehenden Geschäftsmodells und zur Optimierung ihrer Kunden- und Produktphilosophie wird die Sparda-Bank Hannover eG dem Weg ihrer eingeschlagenen Strategie weiter folgen.

Wie in den Vorjahren steht die Gewinnung von Gehaltskonten und Baufinanzierungen im Mittelpunkt unserer Vertriebsaktivitäten. Zur konsequenten Entwicklung und langfristigen Bindung unserer Bestandskunden werden wir unsere Aktivitäten auf die vier definierten Bedarfswelder „Girokonto“, „Bauen & Wohnen“, „Geldanlage“ sowie „Vorsorge“ konzentrieren. Insofern bleibt das Kundengeschäft auch weiterhin unser Kerngeschäft.

Die Eigengeschäfte unterstützen und ergänzen die Kundengeschäfte. Die bedeutendste Risikoklasse Zinsbuch wird passiv, d. h. benchmarknah im Rahmen eines Abweichungslimits, gesteuert. Weitere Risikoklassen werden über das Fondsbuch abgebildet. Innerhalb der Weiterentwicklung der strategischen Asset Allokation wird die Mischung verschiedener Risikoklassen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die Anforderungen an den Geschäftsbetrieb sind in den nächsten Jahren von einem hohen Anspruch an die Kundenzufriedenheit bei gleichzeitiger kostengünstiger Leistungserstellung und schneller Abwicklung geprägt.

Wir sind daher bestrebt, unsere Effizienz dauerhaft zu steigern, indem wir unsere Tätigkeiten, Abläufe und Produkte – stets mit dem Blick auf den Kunden – optimieren, standardisieren und intern verzahnen.

Mit allen Geschäftsaktivitäten wollen wir weiter nachhaltig Eigenmittel schaffen, um unserer Bank weiterhin eine langfristige Existenzsicherung auch unter den verschärften regulatorischen Anforderungen zu ermöglichen.

Von grundlegender Bedeutung ist für unser Kreditinstitut das zinsabhängige Kundengeschäft. Der Zinsüberschuss wird langfristig durch das sich verschärfende Niedrigzinsniveau bei anhaltend starkem Wettbewerb im Privatkundenbereich belastet.

Wir erwarten daher in den beiden nächsten Geschäftsjahren trotz moderater Bestandsentwicklung eine tendenziell rückläufige Ergebnisentwicklung. Das Ergebnis aus dem Kundengeschäft trägt weiterhin den maßgeblichen Anteil am Gesamtergebnis bei. Der auch in der Vergangenheit nur ergänzende Ergebnisbeitrag aus dem Eigengeschäft über Fristentransformation wird sich aufgrund des Niedrigzinsniveaus weiter reduzieren. Unter diesen Rahmenbedingungen wächst die Bedeutung eines effizienten Kostenmanagements.

Die Adressenausfallrisiken werden sich im Kundengeschäft voraussichtlich maximal auf dem Niveau der Vorjahre bewegen. Aufgrund der guten Bonität der Eigenanlagen und des geltenden Systems an Struktur- und Emittentenlimiten erwarten wir keine erhöhten Ausfallrisiken im Eigengeschäft.

Den ermittelten Risiken stehen ausreichend Risikodeckungsmassen gegenüber. Die bisher gute Eigenmittelausstattung soll auch in Zukunft aus dem Ergebnis weiter nachhaltig gestärkt werden.

Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass, soweit wir vorstehend Prognosen oder Erwartungen geäußert haben oder unsere Aussagen die Zukunft betreffen, die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen hiervon abweichen können.

VI. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

B. Vorschlag für die Ergebnisverwendung

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss (Bilanzgewinn) wie folgt zu verwenden:

	EUR
4,000% Dividende auf Geschäftsguthaben	2.526.706,12
Gesetzliche Rücklage	663.000,00
Andere Ergebnisrücklagen	3.415.000,00
insgesamt	6.604.706,12

Hannover, den 29.02.2016

Sparda-Bank Hannover eG

Der Vorstand



Andreas Dill



André-Christian Rump



Jochen Ramakers

C. Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrates in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Im Jahr 2015 hat der Aufsichtsrat insgesamt fünf Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die geschäftliche Entwicklung, die Risikosituation, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen und die strategische Ausrichtung der Bank.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Risiko- und Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss und einen Nominierungsausschuss eingerichtet. Die Ausschüsse berichten über ihre Tätigkeit regelmäßig in den Sitzungen des Aufsichtsrates. Der Vergütungskontrollausschuss wurde am 22.09.2015 aufgelöst und die zugeordneten Aufgaben auf den Aufsichtsrat übertragen.

Der vorliegende Jahresabschluss 2015 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und für in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Im Jahr 2016 scheidern turnusmäßig Karl Eickmeier, Jürgen Köhn und Dominic Sauer aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl ist zulässig.

Der Aufsichtsrat dankt den Vertreterinnen und Vertretern für ihre Unterstützung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Vorstand für die erfolgreiche Arbeit im Jahr 2015.

Hannover, 14.03.2016



Peter Strüber
(Vorsitzender des Aufsichtsrates)

Jahresabschluss 2015

Sparda-Bank Hannover eG
Hannover

Jahresabschluss der Kreditinstitute in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft

Bestandteile Jahresabschluss

1. Jahresbilanz (Formblatt 1)
2. Gewinn- und Verlustrechnung (Formblatt 3 – Staffelform)
3. Anhang

1. Jahresbilanz zum 31.12.2015

Aktivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			31.439.199,20		30.734
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			38.900.689,40		38.356
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	38.900.689,40				(38.356)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-,-	70.339.888,60	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-,-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-,-				(-)
b) Wechsel			-,-	-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			365.881.522,42		249.669
b) andere Forderungen			184.027.266,79	549.908.789,21	83.420
4. Forderungen an Kunden				3.402.437.932,57	3.391.795
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	2.397.238.315,20				(2.376.326)
Kommunalkredite	-,-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-				(-)
ab) von anderen Emittenten			-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		73.129.812,92			95.155
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	67.088.980,92				(89.106)
bb) von anderen Emittenten		326.292.927,62	399.422.740,54		353.396
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	322.192.927,62				(348.034)
c) eigene Schuldverschreibungen			-,-	399.422.740,54	-
Nennbetrag	-,-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				172.473.207,49	172.473
6a. Handelsbestand				-,-	-
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			9.672.515,91		9.673
darunter: an Kreditinstituten	9.146.662,44				(9.147)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			2.014.336,46	11.686.852,37	1.952
darunter: bei Kreditgenossenschaften	21.520,00				(22)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-,-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				-,-	-
darunter: an Kreditinstituten	-,-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-				(-)
9. Treuhandvermögen				83.476,18	97
darunter: Treuhandkredite	83.476,18				(97)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-,-		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			128.839,00		115
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-,-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-,-	128.839,00	-
12. Sachanlagen				24.751.061,91	26.673
13. Sonstige Vermögensgegenstände				5.933.088,98	7.840
14. Rechnungsabgrenzungsposten				618.550,98	1.084
15. Aktive latente Steuern				-,-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				2.095.307,26	2.615
17. -				-,-	-
Summe der Aktiva				4.639.879.735,09	4.465.047

Passivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			2.111.478,21		2.360
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			503.108.472,66	505.219.950,87	512.470
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		1.305.314.612,53			1.363.053
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		6.901.785,96	1.312.216.398,49		4.873
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		2.308.320.478,07			2.087.658
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		104.528.674,78	2.412.849.152,85	3.725.065.551,34	131.307
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-,-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-,-	-,-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-,-				(-)
eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf	-,-				(-)
3a. Handelsbestand				-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				83.476,18	97
darunter: Treuhandkredite	83.476,18				(97)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				3.433.026,03	3.896
6. Rechnungsabgrenzungsposten				166.585,50	284
6a. Passive latente Steuern				-,-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			8.468.535,99		7.521
b) Steuerrückstellungen			2.890.861,77		5.434
c) andere Rückstellungen			12.780.841,88	24.140.239,64	11.104
8. -				-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				40.442.444,67	10.018
10. Genussrechtskapital				-,-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				131.000.000,00	118.800
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-,-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			64.338.754,74		63.097
b) Kapitalrücklage			-,-		-
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		22.568.000,00			21.888
cb) andere Ergebnisrücklagen		116.817.000,00			114.420
cc) -		-,-	139.385.000,00		-
d) Bilanzgewinn			6.604.706,12	210.328.460,86	6.767
Summe der Passiva				4.639.879.735,09	4.465.047

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1.214.446,83		988
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-,-	1.214.446,83	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			157.519.635,43	157.519.635,43	184.713
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-,-				(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2015

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		134.711.331,25			144.527
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		4.410.592,77	139.121.924,02		6.068
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	-664,52				(-)
2. Zinsaufwendungen			-53.612.168,65	85.509.755,37	-61.700
darunter: erhaltene negative Zinsen	2.610,70				(-)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			88.993,05		55
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			205.809,88		119
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-,-	294.802,93	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-,-	-
5. Provisionserträge			13.028.851,27		13.822
6. Provisionsaufwendungen			-5.370.755,47	7.658.095,80	-6.242
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-,-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				2.881.102,55	2.845
9. -				-,-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-25.877.419,23			-24.978
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-7.564.943,81	-33.442.363,04		-5.651
darunter: für Altersversorgung	-3.103.542,82				(-1.445)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-26.867.265,79	-60.309.628,83	-26.196
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-2.548.567,73	-3.455
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-1.909.770,34	-1.335
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-792.259,97			(-490)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-854.123,32		-3.905
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-,-	-854.123,32	-
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-,-		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			-,-	-,-	153
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-,-	-
18. -				-,-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				30.721.666,43	34.127
20. Außerordentliche Erträge			-,-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-,-		-
22. Außerordentliches Ergebnis				-,-	(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-11.837.015,95		-14.387
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-79.944,36	-11.916.960,31	-73
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-12.200.000,00	-12.900
25. Jahresüberschuss				6.604.706,12	6.767
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-,-	-
				6.604.706,12	6.767
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-,-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			-,-	-,-	-
				6.604.706,12	6.767
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-,-		-
b) in andere Ergebnisrücklagen			-,-	-,-	-
				6.604.706,12	6.767
28a. -				-,-	-
29. Bilanzgewinn				6.604.706,12	6.767

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

- Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Forderungen

Die einzelnen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei ein eventueller Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag/Anlagebetrag als Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt wurde. Die Unterschiedsbeträge werden planmäßig aufgelöst.

Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und unsteuerter Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Die Ermittlung der unsteuerter Pauschalwertberichtigungen erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode. Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB gebildet.

Wertpapiere

Die Bewertung des gesamten Wertpapierbestands erfolgte nach den Grundsätzen des strengen Niederstwertprinzips.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Strukturierte Finanzinstrumente, die aufgrund des eingebetteten derivativen Finanzinstruments wesentliche erhöhte oder zusätzliche (andersartige) Chancen oder Risiken im Vergleich zum Basisinstrument aufweisen, liegen nicht vor.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten/Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Software wurde unter der Bilanzposition „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 410 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt. In früheren Jahren zulässigerweise in die Handelsbilanz übernommene erhöhte Absetzungen für Abnutzung nach dem Steuerrecht wurden beibehalten.

Sonstige Vermögensgegenstände

Der aktivierte Anspruch auf Auszahlung des Körperschaftsteuerguthabens nach § 37 Abs. 5 KStG wird mit dem Barwert unter den „Sonstigen Vermögensgegenständen“ bilanziert.

Latente Steuern

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde. Nennenswerte passive Steuerlatenzen bestehen nicht. Aktive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapiere sowie bei den Rückstellungen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Die Rückstellungen für Pensionsanwartschaften wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren mit statischer Prämie berechnet. Hierbei wurden die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert. Als Lohn- und Gehaltstrend wurden, soweit relevant, 6 Prozent und als Rententrend 2 Prozent angenommen.

Als Zinssatz wurde, bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren, auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per November 2015 ermittelten Zinssatzes, eine Prognose des Zinssatzes per Dezember 2015 (3,89 Prozent) zugrunde gelegt.

Kongruent rückgedeckte Pensionszusagen, bei denen in der Zusage bei der Leistungshöhe auf die in der Rückdeckungsversicherung abgesicherten Leistungen verwiesen wird, wurden wie wertpapiergebundene Zusagen gemäß § 253 Abs. 1 HGB bewertet. D.h., dass solche Zusagen mit dem Zeitwert der Rückdeckungsversicherung angesetzt wurden.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände entsprechen dem beizulegenden Zeitwert der Rückdeckungsversicherung und wurden in Höhe von 18.082.401 EUR mit dem Erfüllungsbetrag der Pensionsverpflichtungen verrechnet.

Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen (Wertsteigerungen/-Zinsen des Deckungsvermögens) in Höhe von 410.006 EUR verrechnet.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv-Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von

dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2015 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften. Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich. Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme auslaufen.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2015 in Höhe von 157.519.635 EUR betreffen 157.519.635 EUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken. Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können. Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Bei Zinsbegrenzungsvereinbarungen wurde die gezahlte Prämie über die Laufzeit verteilt, sofern diese zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken dienen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Zugänge	a) Zuschreibungen b) Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Abschreibungen (kumuliert)	Buchwerte am Bilanzstichtag	Abschreibungen Geschäftsjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	2.665.763	115.772	a) – b) –	a) 1.518.259 b) –	1.134.437	128.839	96.741
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	33.575.813	–	a) – b) –	a) – b) –	14.769.840	18.805.973	825.417
b) Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	24.505.336	628.360	a) – b) –	a) 1.566.513 b) –	17.622.094	5.945.089	1.626.410
Summe a	60.746.912	744.132	a) – b) –	a) 3.084.772 b) –	33.526.371	24.879.901	2.548.568

	Anschaffungs- kosten	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	450.000	3.650.000	4.100.000
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaf- ten	11.624.852	62.000	11.686.852
Summe b	12.074.852	3.712.000	15.786.852
Summe a und b	72.821.764		40.666.753

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

→ In den Forderungen an Kreditinstitute sind 444.086.197 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

→ Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	63.027.267	60.000.000	–	61.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	47.793.035	135.361.470	746.882.375	2.447.440.678

In den Forderungen an Kunden sind 24.960.375 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

→ Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 91.274.036 EUR fällig.

→ In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	–	–	444.086.197	319.600.560
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	–	–	124.108.500	105.065.500

→ In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	399.422.740	381.307.682	18.115.058	–
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	207.904	–	207.904	–

→ Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10 Prozent:

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Renditeerwartung	172.473.207	180.890.288	8.417.081	88.993	Ja

→ Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen ausschließlich Treuhandkredite.

→ In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
– Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	18.805.973
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.945.089

→ Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
– Erstattungsansprüche gegenüber dem Finanzamt	3.322.199
– Provisionsansprüche gegenüber Kapitalanlagegesellschaften	1.737.730

→ Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind 250.962 EUR Agiobeträge auf Forderungen (Vorjahr: 537.215 EUR) und 131.376 EUR Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten (Vorjahr: 217.763 EUR) enthalten.

→ In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten – Unterposten	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Aktiva 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere b) bb) Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	4.100.000	455.845

→ In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 496.758.924 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

→ Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	19.314.491	10.639.744	61.104.276	412.049.962
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	20.623	1.288.153	2.532.024	3.060.986
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit ohne Kündigungsfrist (P 2bb)	11.464.125	20.503.224	46.607.239	25.954.087

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

→ Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
– Steuern (Abgeltungsteuer, KiSt, Solz)	422.852
– Personalaufwand	1.801.786

→ Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 127.336 EUR (Vorjahr: 217.328 EUR) enthalten.

- Angaben zum Posten „Nachrangige Verbindlichkeiten“:
Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 664.957 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 Prozent des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

	Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
	10.000.000	EUR	2,410	04.12.2024
	5.000.000	EUR	1,900	30.04.2025
	5.000.000	EUR	2,010	30.04.2025
	5.000.000	EUR	2,315	21.05.2025
	5.000.000	EUR	2,260	22.05.2025
	8.000.000	EUR	2,600	28.05.2027
Nominalbeträge von Mittelaufnahmen unter 10% des Gesamtbetrags	2.000.000	EUR		

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle des Insolvenzverfahrens oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Die Ursprungslaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mindestens 10 Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff CRR).

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	-	-	496.758.924	505.271.958

- Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind folgende antizipative Beträge größeren Umfangs enthalten:
Personalaufwand in Höhe von 1.801.786 EUR.

- Die unter dem Passivposten „Gezeichnetes Kapital“ ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR	EUR
Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder		63.038.287
b) der ausscheidenden Mitglieder		1.191.631
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		108.836
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	13	

→ Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen
	EUR	EUR
Stand 1. Januar 2015	21.888.000	114.420.000
Einstellungen		
– aus Bilanzgewinn des Vorjahres	680.000	2.397.000
Stand 31. Dezember 2015	22.568.000	116.817.000

→ Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte (§ 36 RechKredV) folgender Art:

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands

	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	<= 1 Jahr	> 1 – 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
FRA	50,0	–	–	50,0	–	–
Zins-Swaps (gleiche Währung)	130,0	695,0	450,0	1.275,0	-96,5	0,8
Zinsoptionen – Käufe	10,0	–	5,0	15,0	0,1	–

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden ausschließlich zur Steuerung des Zinsbuchs im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung eingesetzt.

Gezahlte Prämien aus noch laufenden Zinsbegrenzungsvereinbarungen wurden in Höhe von 10.000 EUR als aktive Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert. Die Auflösung erfolgt linear über die Laufzeit der Vereinbarung zu den jeweiligen Fixingterminen. In der Bilanzposition „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind gezahlte Prämien aus Zins-Optionsgeschäften in Höhe von 209.000 EUR enthalten.

Die Berechnung „Beizulegender Zeitwert“ bei den Zins-Swaps und Forward Rate Agreements (FRAs) wurde anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode vorgenommen. Dabei wurden die Zahlungsströme (Cashflows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert.

Bei den Optionen erfolgte die Berechnung „Beizulegender Zeitwert“ anhand anerkannter Optionspreismodelle. Danach bestimmte sich der Wert einer Option insbesondere nach dem Wert des zugrunde liegenden Basisobjekts und dessen Volatilität, dem vereinbarten Basispreis, Basiszinssatz oder Basisindex, dem risikolosen fristenadäquaten Zinssatz sowie der Restlaufzeit des Kontrakts.

Das den Geschäften innewohnende „Adressenrisiko“ wurde auf der Grundlage der Berechnung der Kreditäquivalente der CRR ermittelt und mit dem für den Vertragspartner zuzurechnenden Bonitätsgewicht angegeben.

→ Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
Posten unter dem Strich bzw. außerhalb der Bilanz:		
Derivate	Verpfändung von bankeigenen Wertpapieren	50.916.692

II. Gewinn und Verlustrechnung

Erläuterungen sind hierzu nicht veranlasst.

E. Sonstige Angaben

- Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.
- Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31. Dezember 2015 Pensionsrückstellungen in Höhe von 8.273.349 EUR.
- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstandes	695.358
Mitglieder des Aufsichtsrates	214.050

- Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäfts vorgenommen.
- Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 7.007.152 EUR.

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

- Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.
- Die Zahl der im Jahr 2015 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	287	171

Außerdem wurden durchschnittlich 17 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen
			EUR
Anfang 2015	257.297	1.189.648	61.861.696
Zugang 2015	8.297	47.636	2.477.072
Abgang 2015	6.516	25.009	1.300.468
Ende 2015	259.078	1.212.275	63.038.300
			EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um			1.176.633
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um			1.176.604
Höhe des Geschäftsanteils			52
Höhe der Haftsumme			52

→ Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e. V.

Hamburger Allee 4
60486 Frankfurt am Main

→ Mitglieder des Vorstandes:

Andreas Dill (Vorsitzender)	Geschäftsleiter
André-Christian Rump (stellvertretender Vorsitzender)	Geschäftsleiter
Jochen Ramakers	Geschäftsleiter

→ Mitglieder des Aufsichtsrates:

Peter Strüber (Vorsitzender)	Geschäftsstellenleiter Hannover Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG
Rita Scharff (stellvertretende Vorsitzende)	Kaufmännische Angestellte Freistellungsphase Altersteilzeit Deutsche Bahn ProjektBau GmbH
Susanne Bodle	Betriebsratsvorsitzende DB Netz AG, Regionalbereich Nord
Dr. Thorsten Eichenauer	Hauptvertrauensperson der schwerbehinderten Verwaltungsangehörigen Niedersächsisches Finanzministerium
Karl Eickmeier	Betriebsrat Deutsche Bahn Regio AG
Thomas Hermann	Ratsvorsitzender Bürgermeister der Landeshauptstadt Hannover
Sven Hitz	Besonderer Personalrat Bundeseisenbahnvermögen
Jürgen Köhn	ProPK-Referent Landeskriminalamt Niedersachsen
Dominic Sauer	Bezirksingenieur DB Netz AG

Hannover, 08. Februar 2016
(Ort, Datum)

Sparda-Bank Hannover eG
(Firma der Genossenschaft)
Der Vorstand

Andreas Dill

André-Christian Rump

Jochen Ramakers

Bestätigungsvermerk des Prüfungsverbandes

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparda-Bank Hannover eG für das Geschäftsjahr vom 01. 01. bis 31.12.2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k und 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Genossenschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 03. März 2016

Verband der Sparda-Banken e.V.

gez. Uwe Sterz
Wirtschaftsprüfer

gez. i.V. Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer

Dankeschön



Etwas gemeinsam zu erreichen, ist ein gutes Gefühl. Auch 2015 haben sich wieder zahlreiche Menschen für unsere Bank engagiert. Sie alle haben unseren Erfolg erst möglich gemacht. Dafür sagen wir: Dankeschön!

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das Gerüst und das Gesicht unserer Bank. Jeden Tag setzen sie sich für das Wohl unserer Kunden ein und sind persönlich für sie da. Ihnen gilt unser besonderer Dank.

Allen Mitgliedern und Kunden danken wir für ihr oftmals langjähriges Vertrauen. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates und des Betriebsrates danken wir, dass sie die Interessen unserer Bank und unserer Mitarbeiter vertreten haben.

Auf unsere Kooperationspartner konnten wir uns auch 2015 wieder verlassen. Dafür bedanken wir uns bei der DZ BANK AG, der Deutsche Bahn AG und dem Bundeseisenbahnvermögen, die traditionell mit uns verbunden sind. Ebenso danken wir unseren langjährigen Partnern, der Bausparkasse Schwäbisch Hall, den DEVK Versicherungen und Union Investment sowie unseren jüngsten Partnern, dem GENO Broker und den Online-Finanzvermittlern Interhyp, PlanetHome und Hypoport.

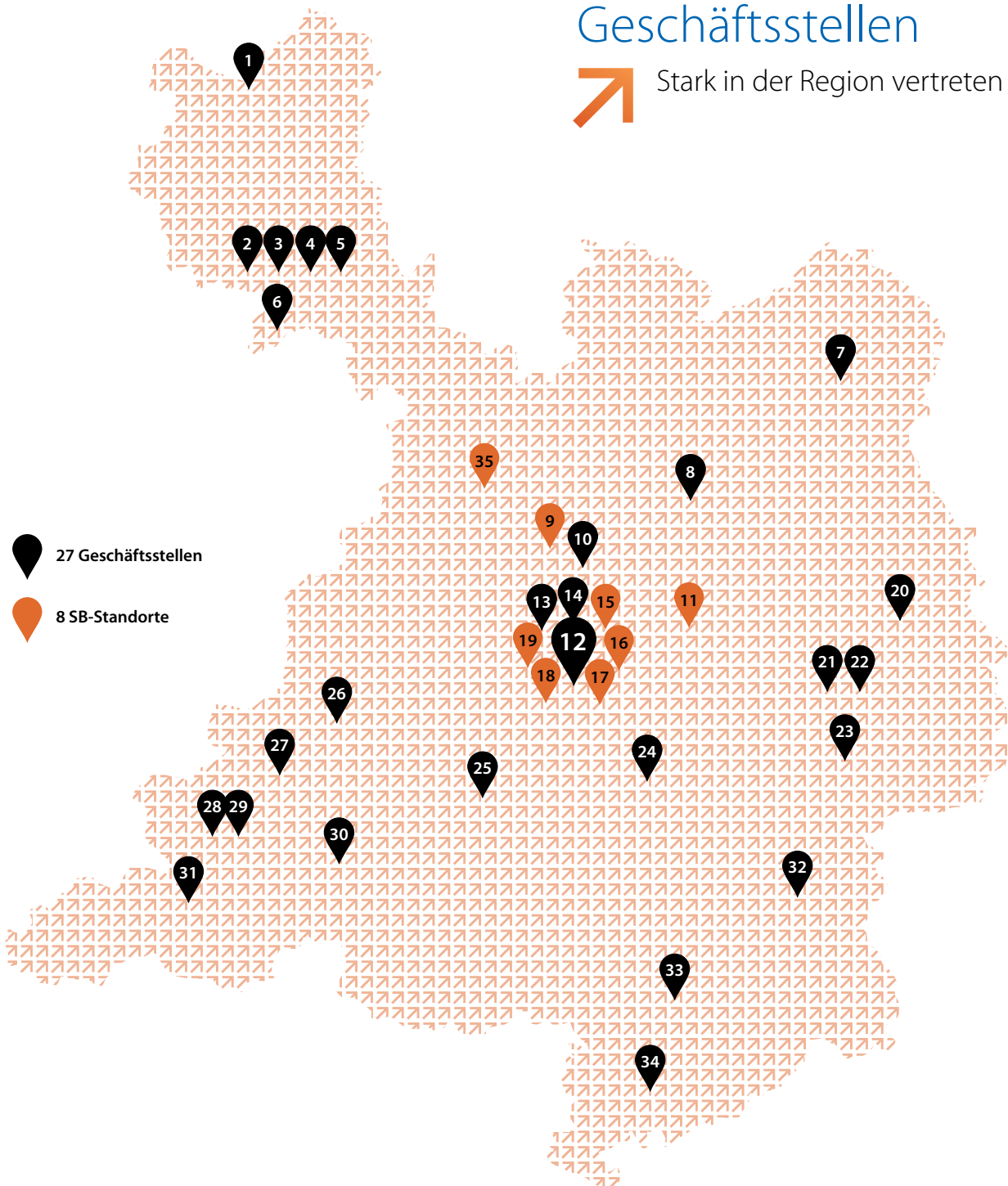
Und schließlich danken wir unserem Dachverband, dem Verband der Sparda-Banken e.V. in Frankfurt am Main. Er hat uns wieder tatkräftig unterstützt und unsere gemeinsamen Interessen verantwortungsvoll wahrgenommen.



Geschäftsstellen



Stark in der Region vertreten



 27 Geschäftsstellen

 8 SB-Standorte

- | | | | |
|---------------------|---------------------|-------------------|-------------------|
| 1. Bremerhaven | 11. Lehrte (SB) | 19. Hannover, | 28. Bielefeld |
| 2. Bremen, | 12. Hannover, | Seelze (SB) | 29. Bielefeld, |
| Contrescarpe-Center | Ernst-August-Platz | 20. Wolfsburg | Brackwede |
| 3. Bremen, Findorff | 13. Hannover, | 21. Braunschweig, | 30. Detmold |
| 4. Bremen, Neustadt | Hildesheimer Straße | Ritterbrunnen | 31. Gütersloh |
| 5. Bremen, Vegesack | 14. Hannover, | 22. Braunschweig, | 32. Goslar |
| 6. Delmenhorst | Lister Meile | Breite Straße | 33. Northeim |
| 7. Uelzen | 15. Hannover (SB) | 23. Wolfenbüttel | 34. Göttingen |
| 8. Celle | 16. Hannover (SB) | 24. Hildesheim | 35. Nienburg (SB) |
| 9. Wunstorf (SB) | 17. Hannover, | 25. Hameln | |
| 10. Hannover, | Laatzen (SB) | 26. Minden | |
| Langenhagen | 18. Hannover (SB) | 27. Herford | |

Impressum

Herausgeber

Sparda-Bank Hannover eG
Ernst-August-Platz 8
30159 Hannover

Telefon: 0511 3018-0
Telefax: 0511 3018-100
E-Mail: sparda@sparda-h.de

Gestaltung und Herstellung

Herbstwerbung GmbH
Agentur für Kommunikation
Bödekerstraße 60
30161 Hannover

Druck

gutenberg beuys feindruckerei gmbh
Hans-Böckler-Straße 5
30851 Langenhagen

Quellennachweis Bilder

Seite 3 Jonas Gonell
Seite 33 Irène Zandel

Kontakt

Sparda-Bank Hannover eG
Unternehmenskommunikation

E-Mail: kommunikation@sparda-h.de

Sparda-Bank Hannover eG

Ernst-August-Platz 8
30159 Hannover

Telefon: 0511 3018-0
Telefax: 0511 3018-100

www.sparda-h.de
sparda@sparda-h.de